

Untersuchungsausschuss Sozialbetrugsverdacht

Beweisbeschluss VII (vom 14.12.2016)

Es soll Beweis erhoben werden zum Untersuchungsauftrag, speziell zur Wohn- und Mietsituation der Betroffenen und dem Umfang der Leistungen „Kosten der Unterkunft“,

insbesondere zu folgenden Fragen:

1. Wie ist der Ablauf von Antragsstellung über die Antragsprüfung zur Auszahlung der bewilligten Leistungen?
2. Gibt es für die Antragsprüfung einheitliche Standards?
3. Wie erfolgt die Klassifizierung von Immobilien als sog. „Schrottimmobilien“?
4. Erfolgen durch die Behörden Anstrengungen, um die weitere Belegung von „Schrottimmobilien“ zu verhindern?
5. Welche gegenwärtigen und künftigen Schäden aus dem Bereich der Kosten der Unterkunft wurden ermittelt?
6. Inwiefern erfolgte eine Prüfung der Eigentumsverhältnisse der Immobilien und Zahlungsempfänger, insbesondere für Immobilien und Wohnungen, die mehrfach von den Antragstellern als Anschrift benannt wurden?
7. Wann traten die ersten Verdachtsfälle auf und wie wurde mit diesen behördenintern umgegangen?
8. Wie ist der Stand der Auf- und Abarbeitung der Verdachtsfälle?
9. Gab es personelle und organisatorische Konsequenzen aus den untersuchten Fällen? Wenn ja, welche?
10. Welche Verfahrensänderungen gab es?
11. Welche Strategien und Kontrollmechanismen wurden zur Prävention entwickelt?
12. Wie wurde mit möglichen sozialen Notlagen von Betroffenen, insbesondere mit Kindern und Kranken, umgegangen?